



BENEDIKT JOSEF NEUROTH

Das Private in der Sicherheitsgesellschaft
Umstrittene Freiheitsrechte in den USA 1963-1977
(Bürgertum. Neue Folge, Bd. 23)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2023
422 Seiten, gebunden | 70,00 €
ISBN 978-3-525-30222-4

rezensiert von

ANTONIA WEGNER, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Wer die gegenwärtigen politischen Verwerfungen der US-Gesellschaft aus historischer Perspektive verstehen will, setzt oft bei den tiefgreifenden Verschiebungen in den 1960er- und 1970er-Jahren an. Auch Benedikt Josef Neuroth untersucht in seiner Dissertation mit den Auseinandersetzungen um »privacy« und »security« zwischen 1963 und 1977 einen Diskurs aus diesem Zeitraum, dessen intellektuelle und politische Folgen ihm zufolge bis heute reichen. Der Autor zeigt anhand von drei Schlüsselkonflikten – um Datenschutz, um die Arbeit der Geheimdienste und um Reproduktionsrechte –, wie unterschiedliche Akteur*innen in verschiedenen Politikfeldern mehr bürgerliche Mitbestimmung bei der Gestaltung der Übergänge zwischen der individuellen und der gesellschaftlichen Sphäre einforderten. »Privacy« und »security« wurden – ähnlich anderen politischen Grundbegriffen des 20. Jahrhundert – zu populären und flexibel einsetzbaren politischen Leitideen, die oft in Spannung zueinander standen.¹ Einen frischen und in vielerlei Hinsicht anregenden Blick auf zentrale Entwicklungslinien der US-Gesellschaft seit den 1960er-Jahren bietet Neuroth vor allem dank der Kombination von auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Diskursen – Datenschutz und Verhütung. Auch wenn er den zeitgenössischen Bezügen zwischen diesen Konfliktfeldern nicht eigens nachgeht, überzeugt sein Vorschlag, die neuen Ansprüche auf »privacy« als Reaktion auf die »gewandelte Staatstätigkeit« (S. 378) zu verstehen. Dazu rechnet der Historiker die wachsende Bürokratie wohlfahrtsstaatlicher Programme wie Lyndon Johnsons »Great Society«, insbesondere aber die »entstehende Sicherheitsgesellschaft« in den USA im 20. Jahrhundert.

Mit dem Konzept der »Sicherheitsgesellschaft« schließt die Studie konzeptionell an die Arbeiten von Michel Foucault an, dessen Theorien zu Gouvernementalität und Überwachung ihr Analyseinstrumentarium bilden. Mit dem Neologismus »Privarität« erfasst Neuroth darüber hinaus Maßnahmen zur Begrenzung von Staatlichkeit (S. 24). Sinnvollerweise schlägt der Autor vor, »privacy« und »security« als Quellenbegriffe zu betrachten, die zeitgenössischen

¹ Vgl. *Christian Geulen*, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: *Zeithistorische Forschungen* 7, 2010, S. 79–97.

Verwendungsweisen aber auch auf ihre handlungspraktischen Folgen hin zu befragen. Wer sich für regierungsinterne oder juristische Abläufe interessiert, wird die ausführliche Darstellung auf breiter empirischer Basis schätzen. Wichtige analytische Befunde werden leider oft nur nebenbei geäußert. Primär wertet Neuroth Archivdokumente staatlicher Institutionen aus der Exekutive, Legislative und Judikative sowie Unterlagen der zivilgesellschaftlichen Organisationen *American Civil Liberties Union (ACLU)*, *Planned Parenthood (PP)* und *National Organization for Women (NOW)* aus. Punktuell hinzugezogen werden wissenschaftliche und publizistische Schriften. Es handelt sich jedoch nicht um eine konsequente ideenhistorische Auswertung, die zeitgenössische Denk- und Wahrnehmungsmuster ermitteln und systematisieren würde. Tatsächlich hätte man gerne mehr über die tieferliegenden Motive und die intellektuellen sowie moralischen Prämissen der unterschiedlichen Akteur*innen gewusst, um die Gründe für wegweisende Gerichtsentscheidungen, Gesetzesreformen oder auch ihr Scheitern besser zu verstehen.

Ein einführendes erstes Kapitel stellt überzeugend die Ausgangspunkte des »privacy«-Diskurses im »New Deal« der 1930er Jahre und im aufziehenden Kalten Krieg mit seinem wachsenden Antikommunismus in den späten 1940er- und 1950er-Jahren dar. Neue Datentechnologien fanden sowohl beim Ausbau des Sozialstaates als auch bei der nach innen und außen gerichteten Sicherheitspolitik der USA Nutzen. Zugleich erschienen sie bedrohlich. Die Wissenschaft widmete sich ab Ende der 1950er-Jahre verstärkt dem Konzept »privacy« und es kam zu ersten juristischen Klagen auf verletzte Privatsphäre, meist vergeblich. Auch die Liberalisierung des Verhütungsrechts forderten Sozialreformer bis in die frühen 1960er-Jahre eher noch aus bevölkerungspolitischen, nicht aus privatrechtlichen oder gar feministischen Gründen (S. 78).

Ab 1963 folgt die Studie der Karriere des Konzepts »privacy« nach US-Präsidentschaften gegliedert. Die entscheidende Veränderung, die Politisierung von »privacy« unter Johnson (1963–1969), ist Gegenstand des zweiten und umfangreichsten Kapitels. Neuroth führt sie auf das nachdrückliche Engagement von ACLU, PP und Datenschutzaktivist*innen zurück. 1965 begründete der Supreme Court die Legalisierung von Verhütungsmitteln in der Ehe mit dem »right to privacy« (S. 122) und besiegelte so, dass Reproduktion von einem demografischen Problem zu einer »privaten« Frage geworden war. Derweil scheiterte die Einrichtung eines nationalen Datenzentrums auch deshalb, weil das Ideal von »privacy« stärker ins Gewicht fiel als Bestrebungen zur administrativen Vereinheitlichung oder wissenschaftliche Interessen an der Verknüpfung von »micro data« (S. 179). Auch der *Freedom of Information Act* von 1966 stärkte die Rechte der Bürger*innen gegenüber staatlicher Informationspolitik, während sich die Privatwirtschaft vielen gesetzlichen Vorgaben entzog, indem sie auf die »privacy« ihrer Kunden verwies (S. 153). Mit weniger Erfolg forderten dagegen Aktivist*innen der Neuen Sozialen Bewegungen das Ende ihrer Überwachung durch die Geheimdienste. FBI und CIA hielten auch dann noch an dem Paradigma der Gewaltprävention fest, als dessen Zielverfehlung immer stärker zutage trat (S. 213).

Neuroth illustriert, wie die Suche nach der Balance zwischen »privacy« und »security« von gegensätzlichen Interessen verschiedener Staatsinstanzen (beispielsweise Kongress und Militär), Kompetenzstreitigkeiten zwischen Behörden und parteipolitischen Profilierungsbemühungen geprägt war. Er rechnet die Konflikte den übergeordneten Veränderungen im Planungsdenken und zugleich der Durchsetzung pluralistischerer Gesellschaftsvorstellungen zu. Einmal argumentativ verfügbar, zeigten sich außerdem direkt die Vielfalt und Ambivalenz der Aneignung von »privacy«. So hielt zum Beispiel die Katholische Kirche die sozialpolitisch begründete Verhütungspolitik der Johnson-Regierung für eine Bevormundung ärmerer Bevölkerungskreise, womit sie freilich vor allem ihre eigenen Ansichten über Sexualität zu stärken suchte (S. 126). Neuroth widersteht damit dem Reiz allzu einfacher Liberalisierungsnarrative in Bezug auf die »sexuelle Revolution«. Ebenso treffend stellt er heraus, dass die Geheimdienste unter Johnson ihre Überwachungsmaßnahmen ausweiteten und sich in den Maßnahmen der »Great Society« rassistische ebenso wie klassistische Stereotype einschrieben.

Mit der Diagnose einer sich seit den 1960er-Jahren verschärfenden »Krise des Liberalismus« reiht Neuroth sich in eine prinzipiell begrüßenswerte kritische Neubewertung der großen US-

amerikanischen Sozialreformen ein (S. 97–99).² Seine Deutung neigt jedoch dazu, im Gegenzug die emanzipativen Effekte der sozialstaatlichen Programme zu unterschätzen, da er den Vorkämpfer*innen von »privacy« tendenziell mehr Glauben schenkt als ihren jeweiligen Gegenkräften, damit Teile des zeitgenössischen Krisendiskurses reproduziert und doch die verschiedenen Positionen implizit an seinen eigenen, staatskritischen Idealen misst (mit Ausnahme der Forderung nach mehr staatlicher Regulation der Privatwirtschaft, S. 365f.).³ Es bleibt offen, ob und wie Akteur*innen unter Verweis auf »privacy« Reformen zu delegitimieren versuchten, die der Gleichstellung bislang diskriminierter Menschen – Schwarze, Frauen, Homosexuelle – dienen sollten.

Das dritte Kapitel argumentiert, dass Verfechter*innen von »privacy« zwischen 1969 und 1974 von dem allgemein wachsenden Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen profitierten und dieses gleichzeitig schürten. Neuroth stellt anhand mehrerer Gerichtsprozesse gegen publik gewordene Geheimdienstoperationen dar, wie die Planungseuphorie an ihr Ende kam, ohne dass eine Alternative zu präventiver, massenhafter Datensammlung gefunden war. Eine neue Wendung des »privacy«-Diskurses, aber auch der Praktiken zur Überwachung politischer Gegner*innen sieht Neuroth im Abklingen linker Proteste und im Watergate-Skandal, da Nixon zunächst sein Amt missbrauchte und sich dann mithilfe des »right to privacy« zu schützen suchte (S. 318). Insbesondere die Aufarbeitung des Watergate-Skandals ermöglichten unter Gerald Ford die Herausbildung eines »Konsens zu privacy« (S. 323), auch wenn sich die Konflikte um »privacy« und »security« weiterhin um die gleichen Fragen drehten (Kapitel 4). Reformen wie der *Privacy Act* von 1974 unterstellten die Geheimdienste und den politischen Betrieb neuen Transparenzregeln. An der so etablierten Ordnung der Sicherheits- und Freiheitsrechte rüttelten grundlegend weder die zahlreichen Gesetzesreformen und Justizentscheidungen von 1977 bis heute, über die das vorletzte Kapitel einen knappen Abriss bietet, noch das Ende des Kalten Krieges oder die Anschläge vom 11. September 2001. Auch das Fazit betont, dass Gesetzgeber und Supreme Court trotz der wiederholten Forderung nach Vereinheitlichung keine übergeordnete Leitlinie für »privacy« ausarbeiteten, sondern in bestimmten Bereichen die Privatrechte ausbauten, in anderen dagegen die Befugnisse der Geheimdienste (S. 376).

Bedauerlich ist, dass der Autor seine Untersuchung nicht in den florierenden Forschungsdebatten der US-Zeitgeschichte verortet und daher das Innovationspotential seiner Thematik nicht voll ausschöpft. Dabei würde sich das Begriffspaar »privacy« und »security« wunderbar eignen, um den beispielsweise unter Schlagwörtern wie Individualisierung, Polarisierung und Neoliberalismus intensiv beforschten Fragen nach dem Verhältnis struktureller Veränderungen und neuer gesellschaftlicher Konflikte nachzugehen.⁴ Wünschenswert wäre auch eine genauere Begründung bestimmter konzeptioneller Entscheidungen gewesen, beispielsweise die Gliederung nach Präsidentschaften oder die Definition und empirische Erfassung zentraler Analysebegriffe wie Gesellschaft, Staat und Sicherheit. Obwohl Neuroth selbst die begrenzte Erklärungskraft von Foucaults Theorien für seinen Untersuchungsgegenstand feststellt (S. 228), erwägt er keine anderen auf die Befunde passenden Analysedimensionen. So übernimmt die Studie spezifische Werturteile und bedenkt nicht, dass Foucaults Ideen selbst im Untersuchungszeitraum entstanden und zum größeren zeitgenössischen Diskurs um Sicherheit, Grundrechte und Staatlichkeit gehörten. Dennoch ist es erkenntnisfördernd, dass sich der Autor für die Historisierung dieses Diskurses auf die USA konzentriert. Indem Neuroth den Aufstieg der Konzepte »privacy« und »security« nicht über die Höhenkammliteratur erschließt, sondern über eine Vielfalt wichtiger Protagonist*innen, Diskursstränge und konkreter politisch-juristischer Prozesse, zeigt er auf, wie vielfältig und uneinheitlich sich der US-amerikanische Staat im

² Vgl. *Elizabeth Hinton*, *From the War on Poverty to the War on Crime. The Making of Mass Incarceration in America*, Cambridge 2016.

³ Vgl. dagegen *Julian E. Zelizer*, *The Fierce Urgency of Now. Lyndon Johnson, Congress, and the Battle for the Great Society*, New York 2015; *Joshua Zeitz*, *Building the Great Society. Inside Lyndon Johnson's White House*, New York 2018.

⁴ Vgl. *Daniel T. Rodgers*, *Age of Fracture*, Cambridge, Mass. 2012; *Bruce J. Schulman*, *Post-1968 U.S. History. Neo-Consensus History for the Age of Polarization*, in: *Reviews in American History* 47, 2019, S. 479–499.

Konkreten ausformte.⁵ Mit diesem Weg erschließt die Studie einen wichtigen Aspekt der US-amerikanischen Zeitgeschichte als Vorgeschichte der Gegenwart für ein deutsches Publikum und regt auf vielerlei Art zur weiteren Beschäftigung an.

Zitierempfehlung

Antonia Wegner, Rezension zu: Benedikt Josef Neuroth, *Das Private in der Sicherheitsgesellschaft. Umstrittene Freiheitsrechte in den USA 1963–1977*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte (online)* 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81986.pdf>> [9.4.2024].

⁵ Vgl. auch *William J. Novak*, The Myth of the »Weak« American State, in: *The American Historical Review* 113, 2008, S. 752–772.